

Rucht, Dieter

Article — Digitized Version

Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien

Journal für angewandte Sozialforschung

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (1987) : Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und politischen Parteien, Journal für angewandte Sozialforschung, ISSN 0025-8822, Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft, Wien, Vol. 27, Iss. 3/4, pp. 297-313

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112608>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

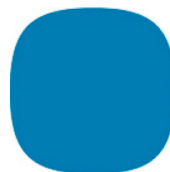
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Zum Verhältnis von sozialen Bewegungen und Politischen Parteien

Dieter Rucht (München)

Die Forschungen zu sozialen Bewegungen und politischen Parteien stehen weitgehend unverbunden nebeneinander. Das mag auf die Naturwüchsigkeit der disziplinären und subdisziplinären Grenzziehungen zurückzuführen sein. Sachimmanente Gründe sind jedoch für die isolierte Behandlung beider Objektbereiche kaum geltend zu machen. Wenn auch Staats- und Verfassungsrechtler bei ihrer Beschäftigung mit Parteien die sozialen Bewegungen zu ignorieren pflegen, so sollte doch die Politische Soziologie (oder eine soziologisch inspirierte Politikwissenschaft) zur Kenntnis nehmen, daß fast alle Parteien „ihren Ursprung (haben) in abweichendem politischen Verhalten gegenüber dem bestehenden Normen- und Verhaltensregelsystem der Zeit“ (v. BEYME 1984: 25).¹ Die gesellschaftlich relevanten Träger eines solch abweichenden Verhaltens waren und sind in aller Regel soziale Bewegungen. So gesehen sind also politische Parteien Produkte sozialer Bewegungen. Umgekehrt läßt sich fragen, inwieweit das heutige Parteiensystem die aktuellen Protestbewegungen begünstigt oder gar erzeugt. Es gibt also gute Gründe, um den Zusammenhang von sozialen Bewegungen und Parteien – für die Theorie und Praxis des Sozialismus ohnehin ein Dauerthema – auch in der heutigen Politischen Soziologie nicht aus dem Auge zu verlieren.

Ich gehe davon aus, daß in unserer Gesellschaftsformation Parteien und Bewegungen unterscheidbare, aber gleichwohl aufeinander bezogene Typen kollektiven Handelns darstellen. Damit wird auf je eigene funktionale und strukturelle Bestimmungselemente verwiesen, die Parteien und Bewegungen auszeichnen und denen sie sich nur um den Preis ihres Bedeutungs- oder Existenzverlusts entziehen können. Die hinter den konkreten Erscheinungsformen und jenseits der tagespolitischen Ereigniskette stehenden Funktionslogiken bestimmen den Handlungsrahmen und die möglichen Beziehungsmuster von Bewegungen und Parteien. Auf dieser Basis ist freilich eine große Vielfalt von Unterfunktionen, Strukturvarianten und Konstellationen möglich, die jeweils durch eine besondere sachliche, soziale und zeitliche externe „opportunity structure“ (TARROW 1983) sowie durch organisationsinterne Entwicklungen und Parameter beeinflußt werden. Daß auch die unterstellten generellen Funktionslogiken von Parteien und Bewegungen nur innerhalb eines räumlich und zeitlich beschränkten Bereichs gültig sind, bedarf keiner besonderen Betonung. Sie verändern sich mit der grundsätzlichen Variation sozialstruktureller, politisch-institutioneller und sozio-kultureller Bedingungen.

Wenn im folgenden – freilich in einer eingeschränkten Perspektive – verschiedene Modelle der Beziehungen von sozialer Bewegung und politischer Partei vorgestellt werden (vgl. auch HEBERLE 1949: 352), so geschieht dies lediglich im Sinne einer ersten, groben und recht abstrakt bleibenden Annäherung. Systematische sozialwissenschaftliche Abhandlungen zu dieser Thematik scheinen bislang nicht vorzuliegen. Auch kann die historische Bedingtheit und Tragfähigkeit verschiedener Beziehungsmuster zwischen Bewegungen und Parteien hier nicht angemessen behandelt werden. Entsprechend vorsichtig muß somit die weiterreichende Frage behandelt werden, ob nicht die heutigen Formen der Vergesellschaftung ein neues Verhältnis von sozialen Bewegungen und Parteien hervorbringen, das nicht mehr den herkömmlichen Vor-

stellungen entspricht. Dieses aktuelle Interesse, speziell das Beziehungsmuster zwischen (potentiell) fortschrittlichen Bewegungen und Parteien in der Bundesrepublik, leitet meine eher grundsätzlich gehaltenen Überlegungen zu analytischen Bezugsmodellen.

Im vorliegenden Beitrag will ich zunächst kurz auf allgemeine Konzepte von sozialen Bewegungen einerseits und politischen Parteien andererseits eingehen. Im zweiten Teil präsentiere ich eine Typologie von vier Beziehungsmustern zwischen sozialen Bewegungen und politischen Parteien, um vor diesem Hintergrund – in einem dritten Teil – die heutige Konstellation von sozialen Bewegungen und „Bewegungsparteien“ einzuschätzen. Abschließend wird auf einige Defizite und Perspektiven der Politischen Soziologie als jener Disziplin hingewiesen, von der am ehesten ein systematischer Zugriff auf die vorgestellte Thematik zu erwarten ist.

1. Charakteristika sozialer Bewegungen und politischer Parteien

1.1 Soziale Bewegung

In der Tradition europäischen Denkens stand der Begriff „soziale Bewegung“ nicht nur in Beziehung zum geschichtlichen und gesamtgesellschaftlichen Wandel – er bedeutete vielfach nichts anderes als diesen Wandel. Auch von sozialer Bewegung als einem kollektiven Akteur war immer in einem sehr voraussetzungsvollen Sinne die Rede. Soziale Bewegungen galten als (potentiell) geschichtsmächtige Bewegungen: „Klassenbewegungen“ im sozialistischen Denken von Saint-Simon über Marx und dem frühen Sombart bis hin zu zeitgenössischen Autoren, „große“ soziale Bewegungen im bürgerlichen Denken eines Lorenz Stein, Mannheim oder Heberle.

Diesem Verständnis folgen zahlreiche Autoren der neueren europäischen Bewegungs-„soziologie“, nicht jedoch der mainstream der amerikanischen Forschung (vgl. KLANDERMANS 1986). Die Gründe für diese Differenz liegen in erster Linie in den politischen Rahmenbedingungen: der Abwesenheit einflußreicher sozialistischer Kräfte in Nordamerika sowie den Besonderheiten der Aggregation und Vermittlung kollektiver Interessen im relativ „offenen“ politischen System der USA (KITSCHOLT 1985: 253 ff.), das Formen einer stark fragmentierten pressure group politics begünstigt.

In bester Tradition der „Alten Welt“ steht der Bewegungsbegriff von Alain Touraine. Jede Gesellschaftsformation kennt nur zwei Klassen und insofern nur zwei Bewegungen.² Unterhalb der Ebene von Klassen und des „historischen Aktionsfeldes“ spricht TOURAINE von politischen oder kulturellen Kämpfen, doch nie von sozialen Bewegungen.

In bester Tradition der „Neuen Welt“ steht der in den 70er Jahren zu Einfluß gelangte resource mobilization approach (vgl. JENKINS 1983). Hier werden soziale Bewegungen tendenziell mit Bewegungsorganisationen, und das heißt in diesem Fall: mit Interessengruppen, gleichgesetzt. Das „Geschäft“ der Bewegungs-„industrien“ ist die Beschaffung von Ressourcen. Die konkreten Inhalte der Bewegung und die Motive ihrer Anhänger sind demgegenüber marginal. Entsprechend unbestimmt fällt der Begriff von sozialer Bewegung aus. Diese ist – in der weitesten der vorliegenden Definitionen – „any sentiment and activity shared by one or more people oriented towards changes in social relations or the social system“ (GARNER/ZALD 1982: 1). Die absurden Konsequenzen einer derartigen Begriffswahl liegen auf der Hand: Jede Regierung, aber auch jeder einsame Prediger wird in diese Definition eingeschlossen.

Die Begriffe in der bundesrepublikanischen Diskussion streuen von dem extrem restriktiven Verständnis eines EDER (1982), der überhaupt nur zwei Strömungen – den bürgerlichen Liberalismus und die Arbeiterbewegung – als soziale Bewegungen anerkennt, über Begriffe

mittlerer Reichweite (RAMMSTEDT 1978; RASCHKE 1985) bis hin zu relativ inklusiven Konzepten (implizit z. B. in der Rede von einer „Frauenhausbewegung“; HAGEMANN-WHITE 1983), die freilich nicht an die begriffliche Spannweite des resource mobilization-Ansatzes heranreicht. Daneben findet sich auch ein mehr oder weniger präzisiertes inhaltliches Verständnis von sozialen Bewegungen. Für HORKHEIMER (1970) sind sie selbst in ihren pervertiertesten Formen „*Freiheitsbewegungen*“. Bei HOFMANN (1970: 7) heißt es lapidar: „Soziale Bewegung ist *Emanzipationsbewegung*“.

Mein eigener Vorschlag zur Entwicklung eines allgemeinen Konzepts von sozialer Bewegung geht dahin,

- (a) den Begriff historisch einzugrenzen und ihn an eine Theorie der Modernisierung anzubinden, d. h., soziale Bewegungen genetisch und *funktional* auf Entwicklungsphasen, Widersprüche und Folgen von Modernisierungsprozessen zu beziehen;³
- (b) soziale Bewegungen handlungstheoretisch als Ausdruck eines Ringens um sozio-politische Herrschaftsausübung und sozio-kulturelle *Definitionsmacht* zu begreifen, das meist in unkonventionellen bzw. institutionell nicht definierten Bahnen verläuft. Dabei bleibt offen, ob die der Bewegung eine „progressive“, „regressive“ oder status-quo fixierte Ausrichtung hat;
- (c) den Begriff „nach oben“ unbestimmt zu halten, d. h. die Klasse „für sich“ als eine mögliche, jedoch nicht exklusive Form sozialer Bewegung einzubeziehen;
- (d) den Bewegungsbegriff „nach unten“ abzugrenzen, d. h. von isolierten, spontaneistischen Einzelaktionen, kurzlebigen Protesten bzw. Aufständen oder zahlenmäßig unbedeuteten Zirkeln und politischen Sekten zu scheiden;
- (e) Bewegungen *strukturell* von formalisierten Organisationen mit satzungsmäßiger Funktions- und Kompetenzzuweisung abzuheben (was schließlich nicht ausschließt, daß eine soziale Bewegung solche Organisationen, darunter auch Parteien, als *Teilelemente* inkorporiert). Formale Organisationen können von den konkreten Motiven ihrer Mitglieder weitgehend abstrahieren und diese gleichwohl einbinden, sofern nur die Leistungen und Gratifikationen der Organisation attraktiv bleiben. Die Kohärenz sozialer Bewegungen dagegen verdankt sich primär der Verbindung von *Bewegungszweck* und *Motiven der Anhänger* (vgl. RAMMSTEDT 1978: 132 f.), den solidarischen Beziehungen in relativ *informellen Netzen sozialer Interaktion*,⁴ schließlich der symbolischen Expressivität eines „*Wir-Gefühls*“, das Abgrenzungen nach außen und von außen ermöglicht.

1.2 Politische Partei

Ogleich Definitionen von modernen politischen Parteien nicht unumstritten sind, scheinen hier doch (im Unterschied zu sozialen Bewegungen) zumindest zwei triviale Merkmale weithin konsensfähig:

Eine *Grundfunktion* der in den kapitalistischen Wohlfahrtsstaaten dominierenden „demokratischen Massenlegitimationsparteien“ (vgl. STÖSS 1983: 153) ist die Maximierung von Wählerstimmen (im reglementierten Wettbewerb mit anderen Parteien) als legale Grundlage der Besetzung politischer Ämter und der Ausübung oder parlamentarischen Kontrolle von Regierungsgewalt. Auch Parteien, denen die Übernahme politischer Ämter realiter versagt bleibt, sind zumindest Aspiranten dafür. Zwar zielen auch soziale Bewegungen auf den Einfluß auf bzw. die Ausübung von Herrschaft, doch sind die Formen und Mittel zur Erlangung dieses Zieles für Parteien durch besondere Verfassungs- und Gesetzesvorschriften definiert. Ogleich sich die Aktionsformen politischer Parteien keineswegs auf diese kodifizierten Verfahren beschränken, bemißt sich der Erfolg von Parteien als Organisationen letztlich vor allem daran,

inwieweit sie im politisch-administrativen System Fuß fassen können.

Strukturell sind Parteien hoch formalisierte Organisationen. Sie operieren – abgesehen von gesetzlichen Auflagen – auf der Basis von Satzungen, verfügen über verbindliche Verfahren der Besetzung von Ämtern und der Abgrenzung von Kompetenzen, eine verstetigte Finanzierung und einen professionellen Apparat sowie eindeutige Kriterien der Mitgliedschaft. Auch damit ergibt sich eine klare Grenzziehung gegenüber sozialen Bewegungen.

Weniger evident ist die *soziologische* Unterscheidung von Bewegungen und Parteien. Massenlegitimationsparteien müssen von den zwangsläufig heterogenen Lebenslagen, Motiven und Bedürfnissen ihrer breiten Klientel weitgehend abstrahieren. Dies verlangt von der Parteielite wie den Parteianhängern erhebliche Realitätsverleugnungen (etwa bezüglich innerparteilicher Demokratie) und prekäre Übersetzungsleistungen (von Motiven in Organisationszwecke und umgekehrt). Erst unter diesen Bedingungen können Parteien als relativ autonome *Parteiapparate* agieren und reagieren: inhaltlich auf die Breite und Widersprüchlichkeit von Anliegen und Forderungen, zeitlich auf den Entscheidungsdruck der Tagespolitik und strategisch auf die Bedingungen der Parteienkonkurrenz. Dagegen liegt die Eigenart, zuweilen auch die spezifische Stärke sozialer Bewegungen gerade darin, zum einen die Problemdefinitionen und Forderungen ihrer Anhänger – zumindest vermeintlich – unmittelbar und authentisch zu verkörpern und zum anderen die Prämissen und Formzwänge der Parteipolitik souverän ignorieren zu können.

Diese Grenzziehungen zwischen Bewegungen und Parteien können freilich empirisch fragwürdig werden. Dies gilt etwa dann, wenn Zwecke und Funktionsimperative von Bewegungsorganisationen zum Gesetz des Handelns ganzer Bewegungen avancieren, wenn es gelingt, das Gros der Bewegungsenergien gleichsam zu „verwalten“. Ebenso können Parteien populistische Züge annehmen und mit einer vorhandenen oder massensuggestiv erzeugten Bewegung personell, funktional und programmatisch weitgehend verschmelzen (etwa im Faschismus oder Peronismus). Damit verliert das bloße Kriterium formaler Organisationszugehörigkeit seine Aussagekraft.

Es läßt sich festhalten, daß, von Grenzfällen abgesehen, soziale Bewegungen und politische Parteien vor allem in struktureller Hinsicht klar voneinander geschieden werden können. Die wesentliche funktionale Differenz besteht darin, daß Parteien primär auf Machterwerb qua Stimmenmaximierung spezialisiert sind, während soziale Bewegungen als ein Modus (potentiell) gesamtgesellschaftlicher Veränderungen vor allem auf außerinstitutionelle Mittel verwiesen sind.⁵

2. Beziehungsmuster zwischen sozialer Bewegung und Partei

Die folgende Typologie möglicher Beziehungen zwischen sozialer Bewegung und Partei dient u.a. dazu, die in der Literatur bzw. der politischen Praxis vertretenen Auffassungen in pointierter Form voneinander abzusetzen. Damit fällt es auch leichter, deren analytische sowie politisch-praktische Implikationen und Konsequenzen zu verdeutlichen. Ich beziehe mich hierbei fast ausschließlich auf eine besondere Art von Beziehung, die man als politisch-ideologische „Wahlverwandschaft“ zwischen Bewegung(en) und Partei(en) kennzeichnen könnte. Es geht mir also nicht um antagonistische Konstellationen zwischen Bewegung(en) und Parteien, wie sie etwa zwischen der frühen englischen Arbeiterklasse und den Tories oder zwischen der Studentenbewegung und der NPD bestanden haben; es geht mir auch nicht vorrangig um die Beziehung einer bzw. mehrerer Bewegung(en) zur Gesamtheit eines Parteiensystems.

2.1 Die Bewegung als Vorstufe zur Partei

Im ersten Beziehungsmodell erscheint die Bewegung als eine historische Vorstufe zur Partei. Der Aufstieg der Partei bedeutet zwangsläufig den Niedergang der Bewegung. Diese verliert im Zuge ihrer „Veralltäglicung“ und Routinisierung, im Bemühen um „konstruktive“ Lösungen und in ständiger Reibung mit einer gleichsam sperrigen „Umwelt“ allmählich ihren radikalen, systemtranszendierenden Impuls. Ihre zunächst noch relativ unstrukturierten Interaktionen und Organisationselemente werden – nicht zuletzt in Gestalt einer Partei – formalisiert. Die institutionellen Gesetzmäßigkeiten innerhalb und außerhalb der Bewegung entfalten nun ihre Eigendynamik in der Weise, daß sie die „Bewegungs“elemente allmählich absorbieren und neutralisieren können. Parteiführungen erscheinen dann als „Endprodukte institutionalisierter sozialer Bewegungen“ (LENK 1983: 56). Von den einstigen Bewegungen verbleiben nur noch Relikte, insbesondere konservierte Symbolbestände, die für den Gefühls-„haushalt“ der Parteimitglieder und -anhänger bereitgehalten werden. Die Parteiorganisation selbst beruht auf den Prinzipien formeller Rationalität (d. h. zweckrationaler Ressourceneinsatz, funktionale Arbeitsteilung, Professionalität, formelle Hierarchie usw.).

Diese von mir im weiteren als *Stufenmodell* umschriebene Konstellation hatten vor allem die Klassiker der Parteiensoziologie vor Augen. Dies gilt nur mit Einschränkungen für Mosei Ostrogorski. Sein Interesse richtete sich nicht so sehr auf den Transformationsprozeß von Bewegungen in Parteien, sondern vielmehr auf die Gefahr der politischen Manipulierung und Korruption durch die Massenorganisationen der Parteien, welche politische Aktivität und Freiheit zu ersticken drohen. Anders als der progressive Liberale OSTROGORSKI, der die Freiheit des Individuums bedroht sah,⁶ sorgte sich der frühe Robert MICHELS um die Rückwirkung oligarchischer Strukturen auf den revolutionären Impetus der Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie. Die organisatorische Form der Arbeiterparteien und insbesondere der deutschen Sozialdemokratie erstickte nicht nur die parteiinterne Demokratie, sondern die Idee und Realisierungschance einer „Klassenbefreiungsbewegung“. Die Partei werde zum Selbstzweck; das „eiserne Gesetz der Oligarchie“ führe zu einer reformistischen Politik in einem Parteienstaat, in welchem die revolutionär-sozialistische Bewegung verbürgerlicht und letztlich integriert wird. Michels' politische Präferenz gilt also der Bewegung. Seine empirische Analyse zeigt freilich die Unabwendbarkeit einer oligarchisch-reformistischen Parteientwicklung.⁷

Max Weber unterstellt zwar mit der Figur des charismatischen Führers die Möglichkeit eines Ausbruchs aus der legalistischen Routineherrschaft. Doch nicht nur der Rückfall in die „Alltäglichkeit“ gilt ihm als unausweichlich. Letztlich sieht er dieses Wechselspiel von „charismatischer Verflüssigung“ und bürokratischer Routinisierung eingebettet in einen universalhistorischen Trend, die „Grundtatsache des unaufhaltsamen Vormarsches der Bürokratisierung“ (WEBER 1958: 321).

Der Tenor dieser klassischen Aussagen, in etwas eigenwilliger Verknüpfung als „Michels-Weber-Theorem“ (ZALD/ASH 1966:327f.) umschrieben, blieb auch für die nachfolgende Bewegungsforschung gültig. RAMMSTEDT bringt diese Auffassung mit der Formulierung auf den Punkt, die Phase der Institutionalisierung sei das „idealtypische Ende jeder sozialen Bewegung“ (1978: 169).⁸

2.2 Die Bewegung als „Schöpfquelle“ der Partei

Erscheint im ersten Modell die Partei als institutionell geronnenes Folge- und Endprodukt der sozialen Bewegung, so bildet sie in der zweiten Version ein dazu problematisches Komplement. Die Bewegung ist zwar Rekrutierungsbasis, Mobilisierungs- und Wählerreservoir der

Partei, doch nicht deren bloße Verfügungsmasse. Vielmehr gilt die Bewegung als die eigentlich „bewegende“, d. h. schöpferische, innovative und impulsgebende Kraft. Sie ist es, die der Partei, welche in Routine und Selbstbezogenheit zu erstarren droht, das Leben einhaucht, sie für neue Probleme sensibilisiert und auch kreative Lösungen bereitstellt. Die Bewegung ist hier, so ließe sich sagen, die „Frischzellen-Therapie“ der zu formalistischer Routine, Abgehobenheit und Autismus neigenden Partei.

Diese Sichtweise ist vor allem von jenen sozialistischen Theoretikern und Strategen verfochten worden, die einerseits die Parteiorganisation als unabdingbar anerkannten, andererseits jedoch deren, oligarchischen Tendenzen fürchteten. Die Lösung sahen sie in der richtigen Mischung von „Organisation“ und „Spontaneität“ der proletarischen Massen bzw. in einer ständigen Erneuerung und Kontrolle des „Apparats“ durch die „Basis“. Eine prominente Verfechterin dieser Konzeption war Rosa LUXEMBURG (vgl. 1970), die sowohl die schwärmerische Verklärung der proletarischen Massen wie auch die Verselbständigungstendenzen der Parteiorganisation bekämpfte. Ansatzweise findet sich die bezeichnete Modellvorstellung auch bei MICHELS: „Ein Blinder, der's nicht sieht: der deutschen Sozialdemokratie Schöpfquelle – eine Schöpfquelle, die noch (sic!) lange nicht erschöpft ist – ist das deutsche Proletariat, die deutsche Lohnarbeiterschaft.“ (zit. nach MINTZEL 1984: 52). Analoge Auffassungen zum Verhältnis zwischen Bewegung und Partei wurden aber auch in anderen politischen Lagern, etwa in rechtspopulistischen oder auch faschistischen Gruppierungen vertreten.

Die skeptische Wendung des Schöpfquelle-Modells findet sich in der Einschätzung der Beziehung zwischen den heutigen Protestbewegungen und den „Grünen“. So befürchtet etwa NARR, „daß die 'Grünen' Bewegungsenergie absorbieren, die dem herrschenden Politikverständnis widerstrebenden Bürgerinitiativen ungewollt schwächen und also eher integrativ wirken, selbst wenn sie manche Themen endlich auf die Tagesordnung der Parlamente bringen sollten.“ (1982:266). Ähnlich formuliert der amerikanische „Öko-Anarchist“ Murray BOOKCHIN: „Die Verlockungen der 'Starrollen', der Karrieremöglichkeiten, der ganz bürgerliche Appetit nach Macht, den parlamentarische Politik fördert, infiltrieren in aller Regel früher oder später die außerparlamentarische Bewegung und demoralisieren sie.“ (1985: 20) (Ob solche Aussagen nicht besser dem ersten Modell zugeordnet werden sollten, hängt meines Erachtens davon ab, ob sie als Prognose oder Warnung zu verstehen sind.)

Eine besondere Variante zu diesem Modell hat Theo PIRKNER beige-steuert. Mit Blick auf das Parteiensystem der Bundesrepublik und die nach der Studentenbewegung entstandenen „politischen Bewegungen“ formuliert er die These, dieses festgefügte, aber insofern auch schwerfällige Parteiensystem erzeuge „notwendigerweise außerhalb des eigenen Funktionskreises politische Bewegungen, die schließlich kooptiert werden...“ (1982: 10). Diese Sichtweise ist insofern ungewöhnlich, als hier nicht – wie üblich – die Partei(en) als Beiprodukt der Bewegung(en), sondern die Bewegungen ausdrücklich als eine freilich temporäre „Kreation“ des Parteiensystems verstanden werden, die nach getaner Funktion wieder dem Parteiensystem einverleibt wird. (Ich will darauf noch kritisch zurückkommen.)

2.3 Die Partei als „Avantgarde“ der Bewegung

Auch dieses Modell basiert wie das zweite auf dem Prinzip der Koexistenz und Komplementarität von sozialer Bewegung und politischer Partei. Hier wird jedoch die Partei der Bewegung auf Dauer bei- und übergeordnet. Sie ist fortschrittlichster und damit richtungsweisender Teil („Kopf“) der Bewegung. Dagegen erscheint die Bewegung als spontaneistische, bestenfalls halbbewußte „Masse“, welche der Aufklärung, Führung und des organisatorisch-strategischen Kalküls einer (intellektuellen) Elite bedarf. Sollen die Energien und Ressourcen der

„Massen“ nicht ziel- und planlos verpuffen, so müssen sie durch Vordenker und Kader kanalisiert, in ihrem Einsatz zeitlich und örtlich gesteuert werden. Der Bewegung kommt dabei eine doppelte Funktion zu: Sie ist einerseits Unterfütter und Energiespender der Avantgarde, andererseits – im Akt der Umsetzung des strategischen Kalküls – ein Vollzugsorgan, ohne das die Avantgarde zum bloßen Stammtischstrategen verkäme.

Dieses *Avantgarde-Modell* ist geradezu idealtypisch von LENIN (1902) auf den Begriff gebracht worden. LUCACS (1970) hat es in einer differenzierteren Version noch einmal gegen Luxemburgs Attacke auf Lenin verteidigt. Die mit diesem Modell zumeist verknüpfte Gering-schätzung der „Massen“, ihre Situation reflektieren und organisatorisch-strategische Konsequenzen ziehen zu können, findet sich allerdings nicht nur bei Sozialisten von Michels bis Lenin. Sie bilden vielmehr einen fast durchgängigen Topos aller Elitetheoretiker und politischer Kader. Der Einfluß der vulgären Massenpsychologie (SIGHELE, TARDE, LeBON, FREUD) ist besonders nachhaltig innerhalb des „bürgerlichen“ Strangs der Sozialpsychologie sowie neuerer Theorien von „mass society“ (KORNHAUSER) und „collective behavior“ (BLUMER).

2.4 Die Partei als „Sprachrohr“ der Bewegung

Dieses Beziehungsmodell unterstellt ebenfalls eine dauerhafte politische Koexistenz und funktionale Komplementarität von Bewegung und Partei. Jedoch wird hier die Bewegung als Herzstück, Schrittmacher oder „Standbein“ einer sozialen Formation gesehen, die in das politische Institutionensystem in Gestalt einer exekutiv verstandenen „Bewegungspartei“ hineinragt. Die Partei ist lediglich das für ein bestimmtes gesellschaftliches Handlungsfeld zugeschnittene Instrument („Arm“, „Spielbein“ oder „Sprachrohr“) der Bewegung. Deren politische Anliegen und Impulse werden durch die Bewegungspartei „klingearbeitet“ und in operationalisierbarer Form in die Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse der politischen Institutionen eingespeist.

Dieses *Sprachrohr-Modell* findet sich ansatzweise in der Anfangsphase der Sozialdemokratie sowie bei den stetig wiederkehrenden Bemühungen, diese Partei zu „entkrusten“, d. h. sie als Organ einer proletarischen Massenbewegung zu reorganisieren (vgl. etwa BIELIGK u. a. 1967). In der Bundesrepublik Deutschland erfuhr es während der Entstehungsphase der Bundespartei „Die Grünen“ eine erstaunliche Renaissance (vgl. Punkt 3.3).

2.5 Systematische Einordnung

Keines der vorgestellten Modelle geht davon aus, daß die Bewegung auf die Partei – oder umgekehrt: die Partei auf die Bewegung – verzichten könne bzw. solle. Allerdings kann unter systematischen Gesichtspunkten zum einen danach gefragt werden, ob die Komplementarität von Bewegung und Partei als dauerhaft (Symbiose) oder vielmehr notwendig als eine historisch einmalige oder auch zyklisch wiederkehrende Übergangssituation (Verdrängung) begriffen wird. Zum anderen lassen sich die vier Beziehungsmodelle danach gruppieren, ob sie eher bewegungszentriert (die Partei als nachgeordnetes Element bzw. „Instrument“ der Bewegung) oder eher parteizentriert (die Bewegung als Ressourcenpool für die Partei) angelegt sind. Damit ergibt sich – in einer Vierfeldertafel angeordnet – folgendes Bild (siehe Schema):

Diese Modelle sind Konstrukte, die sich empirisch so kaum vorfinden lassen. Deshalb wurde oben zwischen dem jeweils explizierten Beziehungsmodell und den wissenschaftlichen bzw. politisch-strategischen Referenzen unterschieden. Selbst die erwähnten Interpreten oder Promotoren haben meist keine Reinformen vor Augen. So findet sich etwa bei Michels, der pri-

Schema: Modelle der Beziehungen zwischen Bewegung und Partei

	Koexistenz	
Bezugspunkt	temporär/Verdrängung	dauerhaft/Symbiose
bewegungs- zentriert	„Stufenmodell“	„Sprachrohr-Modell“
partei- zentriert	„Schöpfquelle- Modell“	„Avantgarde-Modell“

mär dem ersten Typus zugeordnet wurde, neben der Anerkennung des geschichtsmächtigen Potentials des Proletariats zugleich das massenpsychologische (Vor-)Urteil, das ich dem „Avantgarde-Modell“ zugeordnet habe. Der für dieses Modell bemühte Lenin wiederum dokumentierte zwar in „Was tun?“ seine Skepsis gegenüber den „Massen“ und sein Lob der Kaderorganisation. Jedoch wurde in späteren Schriften („Staat und Revolution“, „April- Thesen“) die Rolle der Kader bzw. der Partei insgesamt erheblich relativiert. Bei Rosa Luxemburg, die hier als Kritikerin des rigorosen Avantgarde-Modells des früheren Lenin vorgestellt wurde, vermischen sich faktisch Vorstellungen einer historischen Stufenfolge von Arbeiterbewegung und Arbeiterpartei mit einer gemäßigten Avantgarde-Konzeption, wobei das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie als das eines Teils zum Ganzen beschrieben wird.⁹ Schließlich sei auch darauf verwiesen, daß das „Sprachrohr-Modell“, das von Strömungen der „Grünen“ propagiert wurde, dort längst differenzierteren Anschauungen Platz gemacht hat.

3. Zur Einschätzung aktueller Entwicklungen

3.1. Zum Status und Verhältnis von Parteien und Sozialbewegungen in der Bundesrepublik Deutschland

a) Insbesondere die sozialistischen Parteien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts waren nicht allein und vielleicht nicht einmal vorrangig Instrumente der Stimmenmaximierung. Sie bildeten vielmehr im Verbund mit Genossenschaften, Gewerkschaften und Vereinen ein fein gegliedertes Netz, das den Alltag der Arbeiterschaft umspannte und durchdrang. Die Partei stiftete nicht nur eine politische Identität; sie bot auch ein Stück soziale Heimat; sie war lebensweltlich verankert.

Dieses dicht gewobene sozio-kulturelle Netz, das amerikanische Parteien nie kannten, dessen Reste sich noch in den kommunistischen Parteien Südeuropas erhalten haben, ist in der Bundesrepublik definitiv zerstört (vgl. MOOSER 1983). Selbst die persönliche politische Standortbestimmung über die Identifikation mit einer Partei steht heute zunehmend in Frage. Wahlentscheidungen sind immer weniger durch Klassen, Schichten oder Milieu determiniert, sondern folgen stärker situativen Kalkülen. Prototypisch hierfür ist die Figur des „Wechselwählers“. Die Konsequenz für die Parteimaschinen liegt auf der Hand. An die Stelle des expressiven Partei„lebens“, der alltagspraktischen Hilfestellung und der politisch-ideologischen Bildung und Schulung rückt die medienvermittelte Zielgruppenwerbung und „Imagepflege“. Zugesprochene Stimmen können, wie es Offe in Analogie zum Bankwesen formuliert hat, als hinsichtlich ihrer Herkunft und subjektiven Sinnggebung relativ ungebundene „Einlagen“ gehandhabt werden. Die vormalis lebensweltlich, sozialstrukturell und ideologisch verankerten

(und insofern immobilen) Bewegungsparteien weichen den „als Wahlstimmen-Sammelstellen fungierenden Konkurrenzparteien, deren operatives Prinzip die Abstraktion, die Nicht-Anerkennung der gesellschaftlichen Identität des Bürgers ist.“ (OFFE 1980: 32 f.)

Das Bild ist überzeichnet, aber in der Tendenz wohl richtig. Allerdings scheint mir der von Offe an anderer Stelle betonte Drang zur politischen Mitte (als aussichtsreichste Position zur Stimmenmaximierung) eher situativ bestimmt, jedenfalls nicht funktional zwingend. Da Parteien nicht ganz folgenlos über den Schatten ihrer – wenn auch Konturen verlierenden – Stammwählerschaft und ihres ideologischen Profils zu springen vermögen, kann Stimmenmaximierung auch darin liegen, momentan stark politisierte Themen „parteiisch“ aufzugreifen oder längerfristig solche claims abzustecken und auszubauen, deren Zentrum deutlich jenseits der politischen Mitte liegt.

Aus dem Gesagten ergeben sich Erklärungen für Aufstieg und Erfolge der „Grünen“ als Protest- und Bewegungspartei. Sie knüpft emphatisch an der (teils stilisierten) lebensweltlichen Verankerung von Protestgruppen und Protestbewegungen an; sie sucht – teils fundamentalistisch – eine politische Identität zu stiften, will Wählerstimmen nicht als „Blankoschecks“ sondern als „moralischen Auftrag“ behandeln. Und sie zehrt schließlich davon, daß das linke Spektrum in der Bundesrepublik wie auch einzelne hoch politisierte Themen nicht substantiell von etablierten Parteien „abgedeckt“ werden.

b) Wenn die These vom „Ende der Arbeiterbewegung“ nicht nur im konservativen oder liberalen Lager (LIPSET 1981), sondern auch von Linken verkündet wird (TOURAINÉ, GORZ, PIRKER), so entfällt das Verdachtsmoment der Zweckbehauptung. Die These erscheint mir in doppelter Weise gerechtfertigt: Es fehlt die strukturelle Grundlage der Arbeiterbewegung, das Netzwerk von Solidarbeziehungen; es fehlt auch der Bewegungsimpuls, der Wille zur Verwirklichung eines alternativen Gesellschaftsentwurfs. Damit ist nicht gesagt, daß die aus der sozialistischen Bewegung hervorgegangenen Organisationen politisch ohnmächtig wären. Doch die Erben dieser sich nicht erfüllenden Bewegung sind längst zu Verwaltern von Besitzständen geworden. Sie ringen nicht mehr um sozio-politische Herrschaftsausübung und sozio-kulturelle Definitionsmacht. Sie partizipieren vielmehr unter Preisgabe des sozialistischen Entwurfes an politischer Herrschaft und herrschender Kultur.¹⁰ Die organisatorische Kraft der traditionellen Kräfte in Gewerkschaften und Sozialdemokratie erschöpft sich heute zunehmend in der Defensive: gegen einen theoretisch windigen, aber politisch wendigen Neo-konservatismus einerseits, gegen die neuen sozialen Bewegungen und die „Grünen“ andererseits.

Ist dieser Zustand der Arbeiter„bewegung“ Ausdruck politisch-strategischer Blindheit oder Klugheit? Ist er Ergebnis einer systemischen Funktionslogik, welcher nur durch die Transformation der Gesamtgesellschaft zu entkommen wäre?

Auf der Basis ihrer prokapitalistischen Prämissen sind den Strategen von Gewerkschaften und Sozialdemokratie wenig Vorwürfe zu machen. Sie haben im wesentlichen erreicht, was innerhalb des akzeptierten Rahmens zu erreichen war. Vor allem aber hat die „systemische Logik“ hinter dem Rücken der Akteure (die freilich nicht als „Sachzwang“ mißverstanden werden sollte), und hier denke ich an Mechanismen der Institutionalisierung, der Oligarchisierung und der Kooptation, ihren Anteil zum Verlust an historischer Schwungkraft bei Gewerkschaften und Sozialdemokratie beigetragen. Die organisatorischen Waffen wurden zwar immer größer, aber eben zugleich unbeweglicher und stumpfer. Wem die Organisation zum Selbstzweck geworden war, der mochte sich daran nicht stören.

Die Ironie dieser Geschichte besteht freilich darin, daß gerade durch die Beharrung auf dem status quo nicht einmal mehr organisatorische Größe zu sichern sein dürfte (vgl. HOFF-

MANN 1986). Insofern spreche ich neben dem „Ende der Arbeiterbewegung“ auch von einem tendenziellen „Niedergang der Gewerkschaften“. Der wichtigste Grund dafür liegt im Verlust einer „einheitlichen“ Arbeitssituation und dem Zerbröckeln einer relativ homogenen Mitgliederbasis (einschließlich der „Kernmitgliedschaft“). Beide Säulen scheinen durch Tendenzen der Flexibilisierung und Fragmentierung von Arbeit systematisch unterminiert zu werden.

3.2 Zur Relevanz und Tragfähigkeit einzelner Modelle

Lassen sich mit den vorgestellten „Modellen“ die empirischen Beziehungen zwischen Bewegungen und Parteien angemessen beschreiben? Erweist sich unter gegenwärtigen Bedingungen ein bestimmtes Modell als besonders tragfähig?

KRIESI (1986) hat in einer ersten Anwendung dieser Typologie auf die Schweizer Politik ein Nebeneinander aller vier Formen festgestellt. Läßt man jedoch kurze Übergangsstadien oder die weltfremde Propagierung bestimmter Beziehungsmodelle einmal außer Acht, so scheinen diese Typen doch zumindest unter gegenwärtigen Bedingungen eine sehr unterschiedliche realhistorische Tragfähigkeit zu besitzen.

Weitgehend irrelevant erscheint mir das Avantgarde-Modell. Es spielt innerhalb der sozialistischen Tradition Westeuropas weder propagandistisch noch realiter eine entscheidende Rolle. Gerade heute wirkt es besonders deplaziert, da sich selbst kommunistische Parteien für pluralistische und dezentrale Organisationsstrukturen vorsichtig zu öffnen beginnen. Allenfalls im Sinne einer technokratischen, d. h. unpolitischen und nicht-strategischen „Avantgarde“ (sofern der Terminus dann noch Sinn macht) ließe sich auf entsprechende Wunschvorstellungen verweisen.

Für unrealistisch halte ich das Sprachrohr-Modell. Eine Partei kann und will nicht auf Dauer bloßes Instrument einer sozialen Bewegung sein. Allein die Summe der ständig abverlangten tagespolitischen Stellungnahmen und Entscheidungen, die Notwendigkeit eigener und relativ kohärenter programmatischer Aussagen und die damit verbundenen Kompromiß- und Homogenisierungszwänge, schließlich die Verselbständigung von Führungseliten, Kadern und Parteibasis gegenüber der Bewegungs„umwelt“ führen im Effekt zu einem Eigenleben und zu einer Eigendynamik der Partei. Kann schon die Partei kein bloßes Instrument sein, so wäre angesichts von heterogenen und in ihrer Willensbildung höchst diffusen sozialen Bewegungen auch unklar, wer sich dieses Instruments bedienen sollte, was im einzelnen zu sagen wäre und ob dies überhaupt mittels einer Partei zu geschehen hätte.

Erdrückend scheinen dagegen die historischen und aktuellen Indizien für das Stufenmodell. Im Verhältnis von deutscher Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie, aber auch in entsprechenden Beziehungen in anderen Ländern zeigte sich in aller Deutlichkeit die Koinzidenz des Niedergangs der Bewegung und des Aufstiegs der Partei. Hierauf basiert die Faszination des erwähnten „Michels-Weber-Theorems“. Ob dem freilich ein kausaler Zusammenhang zugrundeliegt, ob also die Partei notwendig das Ende der Bewegung herbeiführt, ist meines Erachtens offen. Die Verbürgerlichung der Arbeiterschaft und insbesondere der Arbeiterführung ist zwar ebenso wenig zu bestreiten wie die oligarchische Entwicklung innerhalb der Sozialdemokratie. Gleichwohl können auch parteiexterne Entwicklungen, etwa die Oligarchisierung der Gewerkschaften, die sozialstaatliche Zähmung des Kapitalismus, die Hebung des allgemeinen Lebensstandards oder die Negativfolie des „real existierenden Sozialismus“ für das Ende der Arbeiterbewegung verantwortlich sein. Unsinnig wäre es jedenfalls, das „eherne Gesetz der Oligarchie“ in den Rang eines übergeschichtlichen Zwanges zu erheben. Abgesehen von der methodologischen Unhaltbarkeit einer solchen Aussage ist auch auf mögliche und historisch nachweisbare Ausnahmen, also eine Verflüssigung oligarchischer Strukturen, die Rückführung von

starrten Organisationen in den Status einer Sozialbewegung, zu verweisen.¹¹

Die meines Erachtens größte Realitätsnähe besitzt das mit dem Stufen-Modell verwandte Schöpfquelle-Modell. Es waren vor allem soziale Bewegungen, die unmittelbar und sensibel neue gesellschaftliche Probleme indizierten bzw. aufgriffen und entsprechende Forderungen in die politischen Institutionen einspeisten. Den Vorzug dieses Modells sehe ich unter anderem darin, daß es keine apriorische Annahme über die strukturelle Unverträglichkeit von Bewegungen und Parteien enthält, aber gleichwohl für die Oligarchisierungstendenzen formaler Organisationen sensibel bleibt.

In der Pirkerschen Variante ist es allerdings mit drei spezifischen Behauptungen verbunden, die mir diskussions- und untersuchungsbedürftig erscheinen. Diese sind in der These enthalten, das Parteiensystem der Bundesrepublik habe „von Anfang an“ Gruppen gebraucht, „um überhaupt auf veränderte politische Außenbedingungen und Problemlagen reagieren zu können. Das hängt auch damit zusammen, daß die Sozialdemokratische Partei nicht mehr, wie die alte Arbeiterbewegung, in der Gesellschaft und besonders in den arbeitenden Klassen durch hunderte und tausende von größeren und kleineren Vereinigungen verankert ist. Die neuen politischen Bewegungen ... sind ein notwendiges Element für das Funktionieren des Parteiensystems. Das gegenwärtige Parteiensystem kreierte diese politischen Bewegungen und diese politischen Bewegungen werden wiederum vom Parteiensystem kooptiert. Dieses Zusammenspiel macht insgesamt die Stabilität und die Funktionstüchtigkeit dieses Parteiensystems aus.“ (PIRKER 1984: 8)¹²

Erstens: Die Behauptung Pirkers bezieht sich zwar auf Deutschland bzw. die Bundesrepublik, doch das stützende Argument – die problemsensibilisierende Funktion parteigebundener Graswurzelorganisationen bzw. der heutigen parteiexternen Gruppen – ist prinzipieller Natur. Hinge die Existenz von Parteien oder des Parteiensystems insgesamt davon ab, so müßten nicht nur speziell die konservativen Parteien in der Bundesrepublik, sondern auch Parteiensysteme mit ähnlicher Struktur, aber weitaus schwächeren politischen Bewegungen (z. B. Österreich), in einer Dauerkrise stecken. Ebenso hätte das Parteiensystem der Bundesrepublik bis weit in die sechziger Jahre, als lediglich hinsichtlich der Wiederbewaffnung und Rüstungspolitik eine nennenswerte außerparlamentarische Bewegung existierte, als instabil gelten müssen. Meines Erachtens bestehen für die Problemsensibilisierung von Parteien eine ganze Reihe funktional äquivalenter Lösungen: innerparteiliche oppositionelle Gruppen, Reformen „von oben“, pressure groups, Protestparteien, Massenmedien usw. Somit muß keineswegs von einer „notwendigen“ Existenz politischer Bewegungen für das Parteiensystem ausgegangen werden. Schließlich bliebe bei Pirkers funktionalistischer Argumentation auch zu klären, was durch die Nicht-Existenz politischer Bewegungen am „Parteiensystem“ überhaupt bestandsgefährdet wäre – die parlamentarische Demokratie, die Vormacht der etablierten Parteien, die Stellung einzelner Parteien?

Zweitens (und damit zusammenhängend): Kreiert das Parteiensystem die politischen Bewegungen? Steckt hinter dieser Schöpfung ein funktionaler Imperativ oder eine „List der Parteienvernunft“? Die Kreationsthese, die gewiß nicht intentional gemeint ist, wäre an Hand einzelner Bewegungen zu prüfen. Wie kommt es, daß relativ analoge Bewegungen – ich denke insbesondere an die Studenten-, Frauen- und Ökologiebewegung – fast zeitgleich, mit ähnlichen Formen und Inhalten, in Ländern mit verschiedensten Parteiensystemen (etwa USA, Holland, Italien) auftreten? Inwiefern ist etwa die bundesrepublikanische Frauenbewegung ein Produkt des bundesrepublikanischen Parteiensystems? Warum sollte diese Bewegung gerade zwischen 1969 und 1972 für das Parteiensystem notwendig werden?

Ein rein funktionalistischer und dabei noch einlinearer Ansatz, der Bewegungen nur als „Produkte“ fassen kann, verfehlt ihren intentionalen, selbstkreativen Aspekt, worauf – in

überpointierter Form TOURAINE (1973) und JAPP (1984) – aufmerksam gemacht haben.

Drittens: Gewiß spricht vieles für das von PIRKER behauptete „eherne Gesetz der Kooptation“. Doch läßt sich das Schicksal sozialer Bewegungen auf eine simple Mechanik reduzieren? Ich folge dem Einwand von BRAND, der der Kooptationsthese entgegenhält, sie verdecke „jede sinnvolle Differenzierung möglicher Verlaufsformen und Effekte sozialer Bewegungen.“ (1985: 2) Noch wichtiger scheint mir der Hinweis auf den grundsätzlichen, historisch wie zeitgeschichtlich zu beobachtenden Problemüberhang, den fast jede äußerlich erfolgreiche Kooptation zurückläßt. Wer die Spuren der Studentenbewegung in den späteren Bewegungen verfolgt, weiß um die Dialektik der Kooptation. Die Kooptation – so meine These – treibt ihren Widerspruch hervor. In diesem Sinne wäre es angebrachter, von einem „Gesetz“ der partiellen, und insofern vermeintlichen Kooptation zu sprechen. Damit bin ich an meiner eigenen Sichtweise der aktuellen Protestphänomene angelangt.

3.3 Neue soziale Bewegungen und grüne Bewegungspartei

Die Pazifizierung und Integration des radikalen Bürgertums, der Arbeiterbewegung und zuletzt der Studentenbewegung hat einen Überhang von Problemen, von unerfüllten und teils gesteigerten Ansprüchen hinterlassen, der auch heute nicht abgetragen ist. Hinzu kam die Verschärfung – und damit erst die Bewußtwerdung – von Problemen des industriellen Produktivismus, welchem sich auch die Linke verschrieben hatte. Und hinzu kam schließlich die Ignoranz gegenüber dem „subjektiven Faktor“ in der Alten Linken wie die verbreitete Mißachtung der lebensweltlichen Reproduktionsbedingungen. Vor diesem Hintergrund, und nicht nur als Folge der Irresponsivität der etablierten Parteien, ist der Aufstieg der neuen Bewegungen zu sehen.

In der spezifischen Verbindung der *offensiven Einforderung radikaldemokratischer Postulate* auf der Basis universalistischer Normen und der *Verteidigung der bestandsgefährdeten Reproduktionsbedingungen der „inneren“, „äußeren“ und „sozialen Natur“* sehe ich ein wesentliches Element, das die heutigen Bewegungen von ihren Vorgängern unterscheidet (vgl. RUCHT 1984). Diese hier sicher verkürzte und möglicherweise mißverständliche Charakterisierung könnte freilich erst in Verbindung mit einer diachronischen und zeitdiagnostischen Gesellschaftsanalyse an Substanz gewinnen. Auf schwachem Boden stehen jedenfalls die Prophetien einer postindustriellen Gesellschaft wie auch die Erwartung einer singulären neuen Bewegung in der Nachfolge der Arbeiterbewegung. Der Vielfalt heterogener sozialer Protestgruppen, die sich an konkreten Problemen und gruppenspezifischen Konfliktlagen entzündeten, um dann mit dem Ausbau eines teils latent bleibenden Interaktionsnetzes (vgl. MELUCCI 1984), mit der Verdichtung und Verbreiterung ihrer Aktionen und mit der inhaltlichen Generalisierung ihrer Kritik den Charakter sozialer Bewegungen anzunehmen, wird meines Erachtens auf lange Sicht erhalten bleiben.¹³

Mit dem erwartbaren Fortbestand der neuen sozialen Bewegungen dürfte gerade in der Bundesrepublik auch eine grüne Partei über einen starken Rückhalt verfügen. Es wäre allerdings naiv, von einer Interessenidentität oder einer problemlosen Arbeitsteilung zwischen autonomen Protestbewegungen und grüner Partei auszugehen (vgl. dazu auch SIEGERT u.a. 1986).

Die Einheit von Bewegungen und grüner Partei mag noch am ehesten in der Frühphase der Grünen, im Stadium der „Bewegungs- und Protestpolitik“ (OFFE 1986: 46), bestanden haben. Hier dominierte vor allem auf Seiten der Grünen die Vorstellung, die Energien der Bewegungen könnten zwanglos in die Partei einfließen. Speziell in dieser Phase bot sich die Propagierung des „Sprachrohr-Modells“ und die Distanzierung vom Avantgarde-Modell an, zumal die

Parteigründung gegenüber den parlamentarismuskritischen oder antiparlamentarischen Basisaktivisten der Legitimation bedurfte. Dem sattsam bekannten Verweis auf „eherne Gesetze“ (der Oligarchie, der Kooptation ...) wurde mit Stilisierungen und Selbstbeschränkungen begegnet: Die Partei sollte als „Antiparteienpartei“ konzipiert werden; ihr Status wurde als der eines „Spielbeins“ beschrieben; ihre Funktion im Parlament sollte auf die eines „Störfaktors“ und „Informationsbeschaffers“ beschränkt bleiben; das Parlament selbst schließlich wurde auf eine öffentlichkeitswirksame – und deshalb zu nutzende – „Bühne“ reduziert.

Dem „Schöpfquelle-Modell“ zoll(t)en die Grünen vor allem dann Aufmerksamkeit, wenn Zeichen der Ermüdung und Ernüchterung oder wenn Stagnationstendenzen beim Geschäft der Stimmenmaximierung unabweisbar werden. „Es gehört inzwischen zu den berechenbaren Reaktionen der grünen Partei, daß nach Wahlniederlagen die Bewegungsnostalgie grassiert.“ (HARTUNG 1986: 177). Nicht zuletzt angesichts ihrer – gemessen an der Zahl der Sympathisanten und Wähler – schmalen Mitgliederbasis sind die Grünen mehr als andere auf interne Mobilisierung, insbesondere aber auf externe Unterstützung angewiesen. Gerade das zuweilen recht angestrengt wirkende Werben um Gunst und Hilfe der Protestbewegungen macht auch deutlich, daß die Grünen nicht umstandlos als integraler Teil oder gar als parlamentarischer Repräsentant all dieser Gruppen gelten können. Mit zunehmender Existenzdauer und politischer Praxis der Grünen wird die Vorstellung desillusioniert, die Anliegen der Protestgruppen könnten gleichsam auf der Straße eingesammelt, zum Programm gebündelt und durch das parlamentarische Nadelöhr gepreßt werden. Dies ist nicht nur eine Frage von Basisnähe, Formulierungstalenten und Fraktionsstärke. Die außerparlamentarischen Aktionen und die Parteipolitik entfalten ihre je funktionale Rationalität, ohne daß damit zwangsläufig eine grundlegende Entfremdung oder ein Bruch verbunden sein müßte. Schließlich könnte auf beiden Seiten die Einsicht wachsen, daß heterogene Protestbewegungen nicht einfach durch eine Organisation zu repräsentieren sind (vgl. v. BEYME 1986: 37). Andererseits könnte auch erkennbar werden, daß eine Partei, die parlamentarisch einflußreich und zugleich Bewegung sein möchte, nichts anderes als die Quadratur des Kreises versucht. Insofern steht nicht nur ein „Selbstrationalisierungsprozeß“ (OFFE) der Grünen, sondern auch ein solcher der Bewegungen hinsichtlich ihrer Zumutungen an die Grünen auf der Tagesordnung.

Es ist sicher müßig, über das künftige Verhältnis zwischen neuen sozialen Bewegungen und Grünen im Detail spekulieren zu wollen. Aufgrund je spezifischer Funktionslogiken halte ich eine weitere strukturelle und strategische Aussdifferenzierung von Bewegungen und Parteien für wahrscheinlich. Einen entscheidenden Schritt in diese Richtung, die Abkehr vom Status einer auf Negationen spezialisierten „Bewegungspartei“, haben die Grünen weitgehend vollzogen. Daß sich damit auch das „eherne Gesetz“ der Oligarchie erfüllt, ist noch nicht ausgemacht. Schließlich haben neue soziale Bewegungen und Grüne das Schicksal der Arbeiterbewegung, oder allgemeiner: den Verdrängungsmechanismus des Stufenmodells, deutlich vor Augen.

4. Forschungsdefizite und Forschungsstrategien

In der Bundesrepublik haben sich bislang nur wenige Autoren um ein gesellschaftstheoretisch angeleitetes Konzept von sozialer Bewegung bemüht. RAMMSTEDT (1978) geht es primär um eine begriffsgeschichtliche Analyse und um ein „idealtypisches“ Aufbaumodell sozialer Bewegungen. HIRSCH/ROTH (1986) konzentrieren sich auf eine Erklärung der neuen sozialen Bewegungen im Rahmen einer noch immer stark politökonomisch ausgerichteten Fordismustheorie. EDER (1986) bezieht soziale Bewegungen auf evolutionäre Lernsequenzen kultureller Evolution. Einen breit angelegten, historisch-systematischen Grundriß für die Ana-

lyse sozialer Bewegungen bietet RASCHKE (1985), wobei freilich das gesellschaftstheoretische Fundament eher undeutlich bleibt. Gemessen an diesem Diskussionsstand ist die Parteientheorie weiter entwickelt.¹⁴ Freilich bleibt sie vorerst ein Terrain, das von seiner „natürlichen“ Umgebung sträflich abgeschirmt ist. Hieraus ergeben sich zunächst zwei Forderungen:

Die neuere „Bewegungsforschung“, die bislang vorwiegend mit theoretischen Ersatzstücken und Spekulationen operierte oder aber über deskriptiv gehaltende Analysen kaum hinauskam, sollte auf einen solideren konzeptionellen Boden gestellt werden. Die dafür meines Erachtens nötigen Bausteine bilden gesellschaftstheoretische Zeitdiagnosen, historisch-systematische Längsschnittanalysen, international vergleichende Studien sowie Analysen von Einzelbewegungen in ihrem politisch-institutionellen und sozialen Kontext (wobei Bewegungen auch von innen, d. h. durch die direkte Analyse von Diskursen, Aktionen und Wechselbeziehungen von lokalen Aktionsgruppen und strategisch wichtigen Koordinations- und Entscheidungsgremien zu erschließen wären).¹⁵ Daneben sollten auch eher quantitativ ausgerichtete Analysen zur sozialstrukturellen Zusammensetzung, den Wertorientierungen und dem Wahlverhalten der Anhänger sozialer Bewegungen vorangetrieben werden.¹⁶

Damit ergäbe sich auch eine Öffnung gegenüber den nachstehend genannten Feldern. Aufgrund meiner derzeitigen Beschäftigung mit neuen sozialen Bewegungen halte ich das Parteiensystem zwar nicht für den Schöpfer sozialer Bewegungen, aber doch für die wichtigste Variable, um nationale Varianzen der Stärke, Konstellation und Charakteristik eines „Bewegungsektors“ zu erklären (vgl. RUCHT 1985).

Zweitens hätte sich die Parteienforschung im Verbund mit Forschungen zu Interessengruppen, zur massenmedial produzierten Öffentlichkeit und zur politischen Kultur den Beziehungen zwischen Parteien und sozialen Bewegungen zu widmen. Dabei ginge es nicht nur um direkte und manifeste Interaktionen, sondern auch um latente funktionale Zusammenhänge, die nicht a priori als komplementär oder kompetitiv definiert werden können.

So problematisch es mir scheint, die Politische Soziologie im wesentlichen durch die Parteienforschung zu definieren oder die sozialen Bewegungen im Rahmen dieser Teildisziplin zu ignorieren (z. B. STAMMER/WEINGART 1972), so verfehlt halte ich den gegenläufigen Versuch, in einer auf der Analyse sozialer Bewegungen gründenden „Politischen Soziologie“ die Thematik der Parteien bloß anzuhängen (wie HEBERLE 1967) oder die sozialen Bewegungen zum Dreh- und Angelpunkt einer allgemeinen Soziologie zu erheben (wie TOURAINE 1983).

All dies mündet in ein Plädoyer für eine Politische Soziologie, die kein Sammelsurium unverbundener oder jeweils hegemonial verstandener Spezialgebiete sein kann, sondern – im Sinne von EUCHNER (1985) – zur „Ortsbestimmung der Gegenwart“ beiträgt. Dabei wäre es durchaus erhellend, wenn sie sich auf ihre klassischen, die einzelnen Felder und Ansätze verklammernden und durchdringenden Kategorien besänne: Interesse, Bewußtsein, Macht, Herrschaft und Konflikt.

Anmerkungen

- 1 So verweist auch RASCHKE darauf, daß die „Bundestagsparteien aus sozialen Bewegungen hervorgegangen (sind)“ (1982: 13).
- 2 Obgleich bestimmte Formulierungen von TOURAINE auch die These von nur einer Bewegung je Gesellschaftstypus nahelegen („Une société, un mouvement“, 1978: 124), so setzt bereits die Verwendung des Klassenbegriffs (synonym zu sozialer Bewegung) die Existenz einer zweiten Klasse bzw. Bewegung voraus. Im übrigen werden die antagonistischen Klassen in verschiedenen Gesellschaftstypen von TOURAINE auch explizit benannt.
- 3 Vgl. dazu auch die Unterscheidung von präpolitischen und modernen sozialen Bewegungen (BOTTOMORE 1981: 40) oder von modernen Sozialbewegungen in vorindustriell-modernisierenden, industriellen und nachindustriellen Gesellschaften (RASCHKE 1985).
- 4 NEIDHARDT begreift soziale Bewegungen in struktureller Hinsicht als „mobilisierte Netzwerke von Netzwerken“, die sich über größere Räume hin erstrecken (vgl. 1985: 197).
- 5 KRIESI macht auf folgende Unterschiede aufmerksam: „Bewegungen orientieren sich an grundsätzlichen Prinzipien, die nicht verhandelbar sind; Parteien verkünden zwar auch Prinzipien in ihren Programmen, ihr politisches Handeln ist aber viel stärker durch unmittelbare Interessen geleitet und sie lassen sich dauernd auf Verhandlungen und Kompromisse mit ihren Gegnern ein.“ (KRIESI 1986: 23). Weiterhin fehlen den Bewegungen eine mittlere Zeitperspektive, wie sie für Parteien charakteristisch sei.
- 6 Unter aktuellen Gesichtspunkten ist es von Interesse, daß OSTROGORSKI's Vorschläge u.a. auf eine Entflechtung der Massenparteien in Richtung von örtlich und thematisch begrenzten Vereinigungen (single issue parties und sonstige Interessengruppen und Assoziationen) zielten, die der Idee der heutigen Bürgerinitiativen nahekamen.
- 7 Im Wissen um diese Gefahr hatte sich die Neue Linke zumindest in den USA bewußt einer parteiförmigen Organisation widersetzt (vgl. BREINES 1980).
- 8 Institution als gleichsam geronnene Bewegung ist auch für ALBERONI das Gegen- und Endstück der dynamischen Phase eines status nascendi. Allerdings bedarf die Institution, soll sie sich überlebensfähig erweisen, der Redynamisierung durch soziale Bewegungen. „All institutions have the dual function of extinguishing the nascent state and ensuring its continuity in another way.“ (ALBERONI 1984: 216)
- 9 Nach LUXEBURG stellen gewerkschaftliche und politische Kämpfe „nicht etwa zwei parallel laufende Aktionen, sondern bloß zwei Phasen, zwei Stufen des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse dar. Der gewerkschaftliche Kampf umfaßt die Gegenwartsinteressen, der sozialdemokratische Kampf die Zukunftsinteressen der Arbeiterbewegung... Die Gewerkschaften vertreten nun die Gruppeninteressen und eine Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse und ihre Befreiungsinteressen im ganzen. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist demnach das eines Teiles zum Ganzen...“ (LUXEBURG 1970: 146).
- 10 Insofern erfüllte sich auch die Ahnung von Rosa LUXEBURG, die KAUTSKY („Das Endziel, was es immer sei, ist mir Nichts, die Bewegung Alles.“) entgegenhielt, daß sich mit der Preisgabe des sozialistischen Endziels auch die Bewegung selbst aufgeben werde (vgl. LUXEBURG 1970: 61).
- 11 Allgemeine Hinweise dafür liefern ZALD/ASH (1966). Daß auch Gewerkschaften nicht notwendig und dauerhaft oligarchischen Tendenzen verfallen, zeigen LIPSET u.a. (1956).
- 12 Diesen stabilisierenden Effekt betont auch v. BEYME: „Die neuen sozialen Bewegungen sind hochrelevant. Nicht weil sie die Parteiendemokratie ruinieren, sondern weil sie ihr wieder Frischluft zuführen.“ (1983: 250)
- 13 In diese Richtung argumentieren auch HIRSCH/ROTH (1980: 26 f.).
- 14 Der relative Charakter dieser Aussage ist zu unterstreichen. Parteienforscher selbst beklagen den unterentwickelten Stand der Theoriebildung in ihrem Feld (vg. z. B. WIESENDAHL 1980: 13; STÖSS 1983: 17).
- 15 Die von TOURAINE (1978) entwickelte „soziologische Intervention“ liefert zwar eine solche Binnenanalyse, führt jedoch meines Erachtens vor allem aufgrund der aufklärerisch-missionarischen Forscherrolle und der Formierung künstlicher Gruppen als Untersuchungseinheiten zu methodisch fragwürdigen Ergebnissen. Eine methodisch sensiblere und fortgeschrittenere Analyseform praktizierten dagegen Melucci und seine Mitarbeiter bei der Untersuchung verschiedener Gruppierungen der neuen sozialen Bewegungen in Mailand (vgl. MELUCCI, Hg., 1984).
- 16 Vgl. dazu u.a. die Arbeiten von MÜLLER-ROMMEL (1985a; 1985b) und WATTS (1986).

Literatur

- Alberoni, Francesco (1984) *Movement and Institution*. New York: Columbia University Press.
- Beyme, Klaus von (1983) 'Theoretische Probleme der Parteienforschung', *Politische Vierteljahresschrift*, 24(3): 241 – 252.
- (1984) *Parteien in westlichen Demokratien*. München: Piper (2. überarb. Auflage).
- (1986) 'Neue soziale Bewegungen und politische Parteien', *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4/1986: 30 – 39.
- Bieligk, Fritz et al (1967) *Die Organisation um Klassenkampf* (1931), Frankfurt: Neue Kritik.
- Bookchin, Murray (1985) 'Parteilpolitik oder populistische Politik', *Alternativer Presse-Spiegel*, Mai 1985(8): 16 – 23, (zuerst in Kommune Nr. 1/1985).
- Bottomore, Tom (1981) *Politische Soziologie*, Stuttgart: Kohlhammer.
- Brand, Karl-Werner (1985) 'Neue soziale Bewegungen im internationalen und historischen Vergleich' (unveröffentl. Manuskript; Referat an der Freien Universität Berlin am 13. 2. 1985).
- Breines, Wini (1980) 'Community and Organization: The New Left and Michel's „Iron Law“', *Social Problems*, 27(4): 419 – 429.
- Eder, Klaus (1982) 'A New Social Movement?', *Telos* 52: 5 – 20.
- (1986) 'Soziale Bewegung und kulturelle Evolution. Überlegungen zur Rolle der neuen sozialen Bewegungen in der kulturellen Evolution der Moderne', *Soziale Welt*, Sonderheft, hg. v. Johannes Berger (im Erscheinen).
- Euchner, Walter (1985) 'Traditionsbestände der Politischen Soziologie', *Politische Vierteljahresschrift*, 26(1): 76 – 83.
- Garner, Roberta/Zald, Mayer N. (1982) *The Political Economy of Social Movement Sectors* (unveröffentl. Manuskript).
- Hagemann-White, Carol (1983) 'Die Frauenhausbewegung', S. 167 – 174 in Peter Grottian/Wilfried Nelles (Hg.) *Großstadt und neue soziale Bewegungen*, Basel: Birkhäuser.
- Hartung, Klaus (1986) 'Apokalypse und Demokratie. Konstruktionsmerkmale der grünen Innenpolitik', S. 164 – 187 in Otto Kallscheuer (Hg.) *Die Grünen – Letzte Wahl?* Berlin: Rotbuch.
- Heberle, Rudolf (1949) 'Observations on the Sociology of Social Movements', *American Sociological Review*, 14: 346 – 357.
- (1967) *Hauptprobleme der Politischen Soziologie*, Stuttgart: Enke
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1980) 'Modell Deutschland und neue soziale Bewegungen', *PROKLA* 40: 14 – 39.
- / – (1986) *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus*, Hamburg: VSA.
- Hoffmann, Jürgen (1986) 'Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? – Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren: ein Szenario', *Prokla* 64: 8 – 30.
- Hofmann, Werner (1970) *Ideengeschichte der sozialen Bewegung des 19. und 20. Jahrhunderts*, Berlin: de Gruyter.
- Horkheimer, Max (1970) 'Egoismus und Freiheitsbewegung (zuerst 1963)', S. 95 – 161 in ders., *Traditionelle und kritische Theorie*, Frankfurt: Fischer.
- Japp, Klaus (1984) 'Selbsterzeugung oder Fremdverschulden'. Thesen zum Rationalismus in den Theorien sozialer Bewegungen, *Soziale Welt*, (3): 313 – 327.
- Jenkins, J. Craig (1983) 'Resource Mobilization and the Study of Social Movements', *Annual Review of Sociology*, (9): 527 – 553.
- Kitschelt, Herbert (1985) 'Zur Dynamik neuer sozialer Bewegungen in den USA. Strategien gesellschaftlichen Wandels und „American Exceptionalism“', S. 248 – 305 in Karl-Werner Brand (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in Westeuropa und den USA. Ein internationaler Vergleich*, Frankfurt: Campus.
- Klandermans, Bert (1986) 'New Social Movements and Resource Mobilization: the European and the American Approach', *International Journal of Mass Emergencies and Disasters*, Special Issue on Collective Behavior and Social Movements, Gary Marx (ed.), (im Erscheinen).
- Kriesi, Hanspeter (1986) 'Perspektiven neuer Politik: Parteien und neue soziale Bewegungen', *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft* 1986.
- Lenin, Wladimir I. 'Was tun?' (1902), *Ausgewählte Werke*, Bd. I.
- Lenk, Kurt (1983) 'Institutionalisierung – Endstation sozialer Bewegungen?' *Frankfurter Hefte extra* 5 („Existenzwissen“): 56 – 66.
- Lipset, Seymour M./Trow, Martin/Coleman, James (1956) *Union Democracy*, N.Y.: Doubleday.
- (1981) 'Whatever Happened to the Proletariat? A Historic Mission Unfulfilled', *Encounter*, 56 (Juni 1981): 18 ff.
- Lukács, Georg (1970) 'Methodisches zur Organisationsfrage (1922)', S. 452 – 513 in ders., *Geschichte und Klassenbewußtsein*, Neuwied und Berlin: Luchterhand.
- Luxemburg, Rosa (1970) *Schriften zur Theorie der Spontaneität*, hg. von Günther Hillmann, Reinbek bei

- Hamburg: Rowohlt.
- Melucci, Alberto (1984) 'An End to Social Movements? Introductory Paper to the Sessions on „New Movements“ and Change in Organizational Forms', *Social Science Information*, 23(4/5): 819–835.
- (Hg.), (1984a) *Altri Codici. Aree di movimento nella metropoli*, Bologna: Il Mulino.
- Mintzel, Alf (1984) *Die Volkspartei. Typus und Wirklichkeit*. Ein Lehrbuch, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mooser, Josef (1983) 'Auflösung der proletarischen Milieus', *Soziale Welt*, (3): 270–306.
- Müller-Rommel, Ferdinand (1985a) 'New Social Movements and Smaller Parties: A Comparative Perspective', *West European Politics*, 8(1): 41–54.
- (1985b) 'Social Movements and the Greens: New Internal Politics in Germany', *European Journal of Political Research*, (13): 53–67.
- Narr, Wolf-Dieter (1982) 'Andere Partei oder eine neue Form der Politik?' S.270–306 in Jörg R. Mettke (Hg.), *Die Grünen – Regierungspartner von morgen?* Reinbek: Rowohlt.
- Neidhardt, Friedhelm (1985) 'Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen', S. 193–204 in Stefan Hradil (Hg.), *Sozialstruktur im Umbruch*, Opladen: Leske und Budrich.
- Offe, Claus (1980) 'Konkurrenzpartei und kollektive politische Identität', S.26–42 in Roland Roth (Hg.), *Parlamentarische Rituale und politische Alternativen*, Frankfurt: Campus.
- (1986) 'Zwischen Bewegung und Partei. Die Grünen in der politischen „Adoleszenzkrise“?' S.40–60 in Otto Kallscheuer (Hg.), *Die Grünen – Letzte Wahl?* Berlin: Rotbuch.
- Pirker, Theo (1982) *Stabilität und Funktion des Parteien- und Verbändesystems und der sozialen Bewegungen*. (gekürzte und bearbeitete Abschrift eines Vortrags am 28. 11. 1982 am ZI 6 der Freien Universität Berlin).
- (1984) 'Vom „Ende der Arbeiterbewegung“', S.39–51 in Rolf Ebbighausen/Friedrich Tiemann (Hg.): *Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland?* Ein Diskussionsabend für Theo Pirker, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Rammstedt, Otthein (1978) *Soziale Bewegung*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Raschke, Joachim (1982) 'Einleitung', S.9–31 in ders. (Hg.), *Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1985) *Soziale Bewegungen. Ein historisch systematischer Grundriß*, Frankfurt: Campus.
- Rucht, Dieter (1985) *Social Movement Sectors in France and West Germany since 1968*, Beitrag zur Fifth International Conference of Europeanists, 18.–20. Oktober 1985 in Washington, D.C.
- (1984) 'Neue soziale Bewegungen – Anwälte oder Irrläufer des Projekts der Moderne?' *Frankfurter Hefte extra*, 6: 144–149.
- Siebert, Jens et al (1986) *Wenn das Spielbein dem Standbein ein Bein stellt ... Zum Verhältnis von Grüner Partei und Bewegung*, Kassel: Weber, Zucht.
- Stammer, Otto/Weingart, Peter (1972) *Politische Soziologie*, München: Juventa.
- Stöss, Richard (1983) 'Einleitung: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie.' S.17–309 in ders. (Hg.): *Parteienhandbuch, Bd. 1*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Tarrow, Sidney (1983) *Struggling to Reform: Social Movements and Policy Change During Cycles of Protest*. Western Societies Program, Occasional Paper No. 15, Ithaca, N.Y.: Center for International Studies, Cornell University.
- Touraine, Alain (1973) *Production de la société*, Paris: Seuil.
- (1978) *La voix et le regard*, Paris: Seuil.
- (1983) 'Soziale Bewegungen. Spezialgebiet oder zentrales Problem soziologischer Analyse?' *Soziale Welt*, (2): 143–152.
- Watts, Nicholas S. J. (1987) 'Mobilisierungspotential und gesellschaftspolitische Bedeutung der neuen sozialen Bewegungen', in Roth Roland/Dieter Rucht (Hg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt: Campus (im Erscheinen).
- Weber, Max (1958) 'Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland. Zur politischen Kritik des Beamtentums und Parteiwesens.' S.294–431 in ders., *Gesammelte Politische Schriften*, hg. von Johannes Winkelmann, Tübingen: J. C. B. Mohr.
- Wiesendahl, Elmar (1980) *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze in der Parteienforschung*, Opladen: Leske und Budrich.
- Zald, Mayer N./Ash, Roberta (1966) 'Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change', *Social Forces*, 44: 327–341.